

Cinzantiaries Vo TO TO Schein liegt bei.



Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 5. Juni 2016

Wollen Sie die Volksinitiative **«Pro Service public»** annehmen?

Antwort NEIN

Wollen Sie die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» annehmen?

Antwort

NEIN

Wollen Sie die Volksinitiative **«Für eine** faire Verkehrsfinanzierung» annehmen?

Antwort

Wollen Sie die Änderung vom 12. Dezember 2014 des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz, FMedG) annehmen?

Antwort NEIN

Wollen Sie die Änderung vom 25. September 2015 des Asylgesetzes (AsylG) annehmen?

Antwort NEIN

Asylgesetz

3_5

Nein zum Ausbau der Willkommenskultur!



Albert Rösti

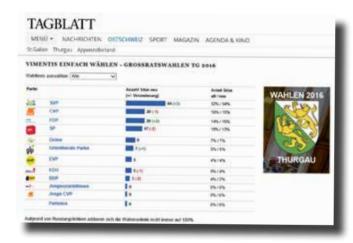
8-9

Interview mit dem neuen Parteipräsidenten



Die SVP in den Schweizer Medien im April und Mai









An die Arbeit!

Liebe SVP Mitglieder und Sympathisanten

Am 23. April 2016 haben die Delegierten der SVP Schweiz alle Gremien neu bestellt. Ich danke allen Delegierten für das Vertrauen, das sie mit ihrer Wahl den neuen Gremien und mir als Präsident entgegen bringen. Meinem Vorgänger Toni Brunner sage ich namens der ganzen Partei herzlich Merci für die riesige Arbeit, die er während 16 Jahren in der Parteileitung, wovon acht Jahre als Präsident, erbracht hat. Ebenfalls bedanke ich mich herzlich bei den zurückgetretenen Parteileitungsmitgliedern Judith Uebersax, Claude-Alain Voiblet und Nationalrat Luzi Stamm.

Die einstimmig erfolgten Wahlen zeigen die Geschlossenheit der Partei und ermöglichen weiterhin einen starken Auftritt. Einzelne Medien versuchen weiterhin die Glaubwürdigkeit der Partei durch Angriffe auf unsere Bundesräte oder Vertreter von uns im Parlament zu untergraben. Auch das Verhalten von Bundesrätin Sommaruga auf die klaren Worte von Nationalrat Köppel bei der verfassungswidrigen Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zeigt ein ähnliches Muster. Es geht nicht um eine eigenständige Politik für unser Land, sondern wie man die SVP auf eine perfide Art schwächen kann.

Dies soll für uns umso mehr Motivation sein, mit vollem Engagement für eine freie, unabhängige und sichere Schweiz zum Wohle unserer Bevölkerung an die Arbeit zu gehen. Wirkliche Herausforderungen gibt es genug. Der EU Beitritt muss verhindert werden. Das stetige Wachstum der Bundesausgaben ist zu bremsen. Die Masseinwanderungsinitiative ist umzusetzen. Das Asylgesetz ist abzulehnen. Mit dem neuen Gesetz werden Rückschaffungen von Wirtschaftsmigranten nicht beschleunigt, vielmehr wird mit Gratisanwälten und der Schaffung von Asylplätzen durch Enteignungen die Attraktivität unseres Landes für die Schlepper nur erhöht. Deshalb – an die Arbeit!

Albert Rash

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Nachbarländer machen wieder wirksame Grenzkontrollen - und die Schweiz?

Die Völkerwanderung Richtung Europa hat deutliche Spuren hinterlassen. Es gibt kaum mehr ein europäisches Land, welches heute noch die gleich offenen Grenzen hat, wie vor einem Jahr. Die hauptbetroffenen Länder haben ihre Asylgesetze verschärft oder sind daran, es zu tun. Nur die Schweiz will mit der Asylgesetzrevision ihre Willkommenskultur für Asylanten noch ausbauen.

Die Schlagzeilen sprechen eine deutliche Sprache:



erlautbarungen, die auf potenzielle Asylanten, Asylrechtsmissbraucher oder Schlepper wie ein Magnet wirken, gibt es seit Bundeskanzlerin Merkel («Wir schaffen das») keine mehr. Nur die offizielle Schweiz will die Lehren aus der Realität nicht ziehen.

Keine unüberlegten Sprüche

Die Grenzen auf der «Balkan-Route» sind weitgehend dicht. Offen ist nur noch die Mittelmeer-Route, welche direkt in die Schweiz führt, weil Österreich die Südgrenze jetzt auch am Brenner für illegale Migranten schliesst. Höchste Zeit, dass sich der Bund, die Kantone und die Armee Gedanken über verschiedene Szenarien machen. Es ist mir aber schleierhaft, wie man die am Ziel vorbeigehenden Resultate dieser Planungen lauthals veröffentlichen kann.

«Wir haben drei Szenarien. Eines geht von 10'000 Asylgesuchen innerhalb eines Monats aus, ein zweites von je 10'000 Gesuchen während dreier aufeinanderfolgender Monate und ein drittes von 30'000 Grenzübertritten innert weniger Tage.» (Hans-Jürg Käser, Polizeidirektor, TA 8.4.16)

Und weiter: «Das wichtigste Ziel ist, dass alle Asylsuchenden registriert, auf ein allfälliges Sicherheitsrisiko und auf ihren Gesundheitszustand überprüft werden. Alle Asylsuchenden sollen zudem untergebracht und betreut werden. Ich habe den Ehrgeiz, dass es im reichsten Land der Welt keine Obdachlosen gibt».

Illegale Zuwanderung beschleunigen?

Ganz im Gegensatz zu den Verlautbarungen anderer Länder schürt die Schweiz weiterhin falsche Hoffnungen, frei nach dem Motto: Wir sind vorbereitet für eine immense Zahl zusätzlicher Asylanten. Hier gibt's Vollversorgung von A wie Anwalt über medizinische Versorgung, Unterkunft und persönlicher Betreuung bis Z wie Zahnarzt. Wirksamer kann man die Völkerwanderung und die illegale Zuwanderung in die Schweiz nicht beschleunigen.



4

«Wohlfühloase» für Asylsuchende wird Gemeinden teuer zu stehen kommen

Für viele Gemeinden in der Schweiz tickt wegen der wachsenden Zahl von Asylbewerbern langsam, aber scheinbar unaufhaltsam, die finanzielle Sozialhilfe-Zeitbombe.

as Asyldepartement von Simonetta Sommaruga lässt über die Medien verlauten, es würden immer mehr Sonderflüge für Rückschaffungen von Asylanten in deren Heimatländer stattfinden. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Rückführungen und kontrollierten Ausreisen stagnieren, trotz der sprunghaft angestiegenen Asylzahlen der letzten Jahre.

Kaum integrierbar

Die Mehrheit der Asylsuchenden ist weder in der Gesellschaft, noch auf dem Arbeitsmarkt integrierbar. Unsere christlich geprägte Kultur wird immer mehr unterwandert.

Nach fünf bis sieben Jahren in der Schweiz bezahlt nicht mehr der Bund «Enteignungen sind für die Schweiz ein unverhältnismässiges Instrument.»

Hannes Germann, Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV)

Am 5. Juni

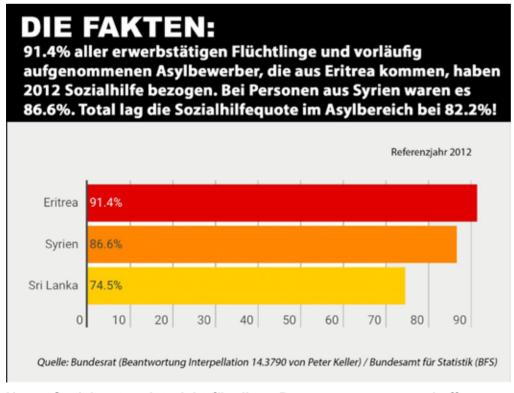
Lucy Asylgesetzrevision

für die Asylbewerber, sondern die Kantone und Gemeinden über die Sozialhilfe. Im Jahr 2012 waren Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zu über 82 Prozent von der Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem ist aber nicht für diese Personengruppe ge-

schaffen worden, die nie Steuern und Abgaben bezahlt hat.

Die meisten Asylbewerber können es sich mit dem Status "vorläufig aufgenommen" in der Hängematte unseres Sozialstaates gemütlich machen. Am Schluss landen die allermeisten in der Sozialhilfe der Wohngemeinde. Für die Gemeinden bedeutet dies Ausgaben in Millionenhöhe in die Sozialhilfe, statt in Bildung und den Unterhalt sowie Ausbau der Infrastruktur. Diese Revision des Asylgesetzes werden die Steuerzahlenden über Generationen zu spüren bekommen.

Aus diesem Grund am 5. Juni unbedingt Nein zur Asylgesetz-Revision stimmen.



Unser Sozialsystem ist nicht für diese Personengruppe geschaffen worden, die nie Steuern und Abgaben bezahlt hat.



Kultureller Hintergrund der Migrationsströme birgt unterschätzte Gefahren

Das Asylrecht wurde zum Schutz von einzelnen Verfolgten entwickelt. Mittlerweile ist jedoch eine neue Völkerwanderung im Gang und das Asylwesen wird gänzlich ad absurdum geführt.

72% der Asylbewerber sind Männer. Darüber dürfen die sorgfältig ausgesuchten Bilder von Frauen und weinenden Kindern in unseren Medien nicht hinwegtäuschen.

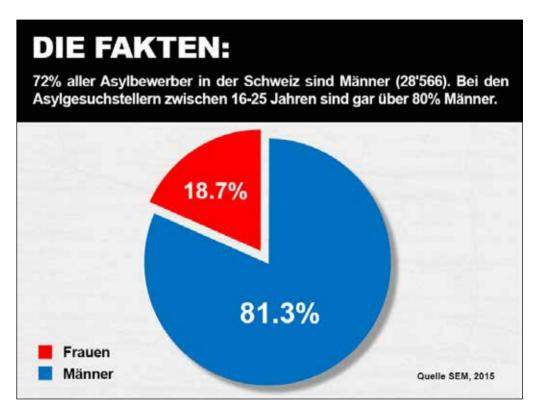
Von den 39'523 Asylgesuchen des Jahres 2015 in der Schweiz wurden 28'566 von Männern gestellt. Bei den Asylgesuchstellern zwischen 16-25 Jahren sind sogar über 80% junge Männer.

Hat ein Asylsuchender einmal in der Schweiz Fuss gefasst, folgt oft der Familiennachzug. Zahlreiche Familienmitglieder aller Art folgen, ob wirklich verwandt oder nicht ist für unsere Migrationsämter kaum zu klären. Zusätzlich werden regelmässig Braut und Bräutigam aus dem Herkunftsland in die Schweiz geholt. Und anschliessend folgen wiederum Familienmitglieder eben dieser Brautleute, wie die Migrationsämter bestätigen.



Frauenbild kaum kompatibel

Der kulturelle Hintergrund der aktuellen Migrationsströme birgt masslos unterschätzte Gefahren. In den Herkunftsländern herrscht vorwiegend ein



Von den 39'523 Asylgesuchen des Jahres 2015 in der Schweiz wurden 28'566 von Männern gestellt. Bei den Asylgesuchstellern zwischen 16-25 Jahren sind sogar über 80% junge Männer.

Frauenbild, das mit unserer Gesellschaft nicht kompatibel ist. Es wird Generationen dauern, bis das ändert, wenn überhaupt. Denn je grösser die Gruppen dieser Kulturen, desto weniger halten sie es für notwendig, sich anzupassen. Die gravierenden Folgen auszublenden, halte ich für grobfahrlässig naiv und verantwortungslos unserer eigenen Bevölkerung gegenüber. Die unfassbaren Übergriffe in Köln waren wohl erst der Anfang.

Neues Asylgesetz setzt falsche Anreize

Leider steigert das neue Asylgesetz die Attraktivität der Schweiz, gerade für junge Männer auf der Suche nach einem besseren Leben. Die Rundum-Versorgung mit Aussicht auf eine vorläufige Aufnahme und dem baldigen Familiennachzug setzt absolut falsche Anreize. Aus diesem Grund ist die Revision des Asylgesetzes am 5. Juni dringend abzulehnen.



Eine schrankenlose Selektion

Das neue Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) führt zu einem pauschalen "Normalitätstest". Wer den Test nicht besteht, wird ausselektioniert, d.h. der Embryo wird vernichtet. Im Labor wird zwischen "lebenswert" und "lebensunwert" entschieden.

Erbkrankheit der Embryo darauf getestet wird, ob er von dieser Erbkrankheit ebenfalls betroffen ist, ist das gut so. Das Parlament ging jedoch weiter und will nun diese Gentests für alle künstlich befruchteten Embryos zulassen.

Doch auf was werden Embryos von gesunden Paaren überhaupt getestet?

Man sucht nicht mehr nach einer bestimmten Krankheit, sondern man testet die Embryos, ob sie "normal" sind. Wenn diese Embryos – und man bedenke, dass bis zu 12 befruchtet werden dürfen – den "Normalitätstest" anhand einer immer länger werdenden Liste von Kriterien nicht bestehen, werden sie ausselektioniert und vernichtet. Bis anhin sagte der Bundesrat immer, dass damit eine ethische Grenze überschritten würde.

Der Mensch darf nicht Herrgott spielen

Es darf doch nicht sein, dass allfällig Behinderte und Kranke aussortiert werden. Die Lösung muss heissen "heilen statt aussortieren". Dieses Gesetz gefährdet die Solidarität mit behinderten Menschen. Ihre Eltern würden zunehmend einem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt werden.

Menschliches Leben würde im Anfangsstadium bewertbar. Es würde



Menschliches Leben würde im Anfangsstadium bewertbar. Es würde nur der Embryo ausgewählt, welcher den Perfektionsansprüchen der Eltern und der Gesellschaft genügt und der "Norm" entspricht. Das ist eine gefährliche und bedenkliche Entwicklung.

nur der Embryo ausgewählt, welcher den Perfektionsansprüchen der Eltern und der Gesellschaft genügt und der "Norm" entspricht. Das ist eine gefährliche und bedenkliche Entwicklung.

Das FmedG muss nochmals überarbeitet werden

Bei einem NEIN am 5. Juni muss das Parlament nochmals über die Bücher und könnte auf den Vorschlag des Bundesrates zurückkommen. Demnach wäre die Präimplantationsdiagnostik nur bei Paaren mit Erbkrankheiten zugelassen.

Die Befürworter des FMedG beschönigen in ihrem Abstimmungskampf die Umstände und reden diese gut.

Doch was heute noch als Tabu gilt, wird morgen möglich sein und übermorgen als selbstverständlich propagiert! Es muss aber noch einmal eine breite Debatte über ein ethisch verantwortbares Gesetz geführt werden. Das Parlament ging eindeutig zu weit. Deshalb sage ich zum FMedG mit Überzeugung NEIN!





Der Zentralvorstand der SVP Schweiz empfiehlt mit 36 zu 23 Stimmen (5 Enthaltungen) die NEIN-Parole zur Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (FMedG).

Nein zur Benzinpreiserhöhung - JA zur «Milchkuh-Initiative»

Am 5. Juni 2016 stimmen wir über die Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung» ab (die sogenannte «Milchkuh-Initiative»). Das Stimmvolk entscheidet an diesem Tag, ob das Geld der Strassenbenützer – also die Einnahmen aus der Mineralölsteuer – zweckgebunden in den Unterhalt und Ausbau der Strassen fliessen soll oder ob die dringend anstehenden Umfahrungs- und Ausbauprojekte über eine Benzinpreiserhöhung finanziert werden sollen.

atürlich geht es nicht an, dem Autofahrer noch mehr Geld aus dem Sack zu ziehen. Denn bereits heute zahlen die Strassenbenützer mehr als genug – insgesamt 9 Milliarden Franken pro Jahr! Doch der grösste Teil der Strassengelder fliesst in die allgemeine Bundeskasse sowie den öffentlichen Verkehr – und fehlt dann für Strassenprojekte.

Achtung: Die Autofahrer sollen schon wieder mehr bezahlen

Es geht nicht an, dass mit dem «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds

(NAF)», der momentan im Parlament behandelt wird, die Autofahrer durch eine Benzinpreiserhöhung von mindestens 4 Rappen pro Liter schon wieder zur Kasse gebeten werden. Das ist nicht nötig, das Geld für den Ausbau und den Unterhalt der Strasse ist nämlich vorhanden.

60 Prozent Steuern pro Liter Treibstoff sind genug

Bereits heute zahlen wir an der Tankstelle mit jedem Liter Treibstoff 60 Prozent Steuern; das Benzin und der Diesel kosten nur 40 Prozent des Gesamtpreises. Eine Steuer von 60 Prozent gibt es sonst nirgends!



Die im NAF geplante Steuererhöhung würde das Gewerbe und den Bürger enorm belasten. Das ist in einer wirtschaftlich schwierigen Situation nicht zu verantworten.

Lösung: Ja zur Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung»

Die Volksinitiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung» («Milchkuh-Initiative») und der «NAF» ergänzen sich gegenseitig. Die «Milchkuh-Initiative» schlägt ein langfristiges Finanzierungskonzept vor. Mit der vollen Zweckbindung der Mineralölsteuer steht in den kommenden Jahren genügend Geld zur Realisierung der hängigen Strassenprojekte zur Verfügung. Umgekehrt listet der «NAF» die konkreten Strassenprojekte auf, welche realisiert werden müssen. Bei einem JA zur «Milchkuh-Initiative» muss der «NAF», welcher aus einzelnen Teilvorlagen besteht, punktuell angepasst werden. Dies kann das Parlament im Anschluss an die Volksabstimmung vom 5. Juni 2016 problemlos tun.

Wer den Eindruck hat, es sei genug Geld für die Strasse da und es brauche keine weitere Benzinpreiserhöhung, stimmt wie alle SVP-Nationalrätinnen und Nationalräte JA zur Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung».





Die Delegierten der SVP Schweiz empfehlen mit 484 zu 5 Stimmen klar ein JA zur Volksinitiative "Für eine faire Verkehrsfinanzierung" (Milchkuh-Initiative). Mehr Informationen: www.faire-verkehrsfinanzierung.ch

Für Überzeugungen kämpfe alleine zu stehen.

Nationalrat Albert Rösti im Interview mit dem Klartext. Er wurde am 23. April 2016 von der Delegiertenversammlung in Langenthal einstimmig zum neuen Präsidenten der SVP Schweiz gewählt.

SVP-Klartext: Was spornt Sie als neuer Parteipräsident an und gibt Ihnen die Kraft dieses anspruchsvolle Amt auszuüben?

Albert Rösti: Mein Leben in einem wunderschönen, wohlhabenden Land erachte ich als grosses Privileg. Es ist Aufgabe unserer Generation, dafür zu kämpfen, dass dies auch so bleibt. Als Präsident der SVP

Schweiz will ich meinen Teil dazu beitragen und mich für die Werte Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit als Basis unseres Wohlstands stark machen.

Wie kam Albert Rösti überhaupt in die Politik? Weshalb und unter welchen Umständen

Obwohl meine Eltern, die einen Bergbauernbetrieb mit Alpwirtschaft führten, aus zeitlichen Gründen nicht aktiv politisierten, war Politik in der Familie allgegenwärtig. So wurden etwa Nachrichten über Mittag jeweils von den Eltern kommentiert und die Auswirkungen auf die eigene Region und Familie diskutiert. Das hat mich geprägt und früh das Interesse an der Politik geweckt.

Das für Sie persönlich prägendste Ereignis Ihrer Polit-Karriere?

Das war sicher das EWR – Nein vom 6. Dezember 1992. Als Student an der ETH Zürich war ich als

Gegner des EWR in dieser Frage ein Aussenseiter. Praktisch alle Professoren haben sich mit dem politischen Establishment für den Beitritt ausgesprochen. Trotzdem hat das Volk nein gesagt, das hat mir gezeigt, dass es sich lohnt für die eigene Überzeugung zu kämpfen, auch wenn man manchmal glaubt, alleine zu stehen.



Zur Person Albert Rösti:

- · verheiratet mit Theres Rösti-Neuenschwander
- 2 Kinder (16 und 20-jährig)
- Ausbildung als Ingenieur Agronom inkl. Doktorat an der ETH Zürich
- Gemeindepräsident in Uetendorf
- eigenes Beratungsbüro für Wirtschaft und Politik

Wie müsste ein perfekter Tag für Sie sein?

Eine Tageswanderung auf einen Berggipfel bei strahlendem Sonnenschein mit Aussicht auf die Alpen, das Mittelland bis in den Jura zusammen mit der

Familie. Die Wanderung wird mit einem Nidlekaffee sowie Trockenfleisch und Käseteller gekrönt. Das Tüpfelchen auf dem i ist dann die Meringue als Dessert.

Wo sehen Sie für die Schweiz die grössten Herausforderungen?

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, d.h. die Steuerung der Zuwanderung mit Inländervor-

rang, Höchstzahlen und Kontingenten ist eine sehr grosse Herausforderung, da viele Kräfte gegen diese Umsetzung ankämpfen, dabei ist sie gerade aus wirtschaftlicher Optik von enormer Bedeutung. Ohne Steuerung kommen je länger je mehr Leute, die letztlich von unseren Sozialwerken profitieren. Das resultiert in höheren Lohnabzügen und einer Wohlstandsminderung.

Was hat die SVP künftig anders oder besser zu machen? Warum braucht es die SVP überhaupt noch?

Die SVP ist die einzige Partei, die ohne Einschränkung für den Erhalt der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz einsteht. Um diese zu erhalten, muss es uns gelingen, das vom Bundesrat beschlos-

sene und jetzt mit der EU in Verhandlung befindliche Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsanpassung, fremden Richtern und Sanktionen der EU gegen die Schweiz zu verhindern. Damit die Ziele der SVP zum Wohl

en, auch wenn man glaubt,

des Landes erreicht werden können, muss sie noch besser mobilisieren. Es gibt zu viele Sektionen und Personen, die kaum aktiv sind. Dabei brauchen wir alle, um Abstimmungen und Wahlen zu gewinnen. Das ist eine Daueraufgabe aller Sektionen und Kantonalparteien. Wo möglich, werde ich hier gerne Unterstützung leisten.

Welche Zielsetzungen haben Sie für die Partei gesteckt im Hinblick auf die nächsten Wahlen?

Wir wollen weiter wachsen, damit wir unserer Politik für den Erhalt der Unabhängigkeit, tiefer Steuern für die Sicherung der Arbeitsplätze und einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung auch zum Durchbruch verhelfen können. Dies im Bewusstsein, dass das Halten des aktuellen Wähleranteils mit fast 30% bereits eine Herausforderung darstellt. Es gibt aber noch einige Kantone, insbesondere in der Westschweiz, die weit darunter liegen. Dieses Potential gilt es auszuschöpfen.

Von welchen Ihrer Qualitäten kann die SVP besonders profitieren?

Ich habe in verschiedenen beruflichen Funktionen gelernt, gut zu organisieren, klar zu führen und wo nötig auch zu vermitteln, und das Wichtigste: Ich will die Leute motivieren und begeistern für unsere Politik, als Voraussetzung für die Erhaltung des Wohlstands für unsere Familien.

Wenn Sie als Parteipräsident einen Wunsch hätten für die Zukunft der Partei, was würden Sie sich wünschen?

Ich erwarte von allen Parteiexponenten das klare Bekenntnis, hart zu arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Es gilt gemeinsam hinzustehen, uns nicht auseinanderdividieren zu lassen und stets das Ziel vor Augen zu haben.



Dem neuen Präsidenten zur Seite stehen die Vizepräsidenten Nationalrätin **Céline Amaudruz** (GE), Nationalrat **Thomas Aeschi** (ZG) sowie Staatsrat **Oskar Freysinger** (VS). Komplettiert wird der neue Parteileitungsausschuss, der das Tagesgeschäft der Partei führt, durch a. Bundesrat **Christoph Blocher**, als Verantwortlicher Strategie, a. Nationalrat **Walter Frey**, als Verantwortlicher Kommunikation und Nationalrat **Thomas Matter**, als Verantwortlicher Finanzen. Fraktionspräsident **Adrian Amstutz** gehört dem Gremium von Amtes wegen an.



Die neue BauernZeitung informiert Sie jetzt noch aktueller über Marktgeschehen, Landwirtschaft und Politik. Umfassend und überall:

- Regionalausgaben für die Nordwest-, Ost- und Zentralschweiz
- · Online-Zeitung/Marktplattform
- · BauernZeitung-App

Schweizer Agrarmedien AG Dammweg 3, 3000 Bern 22, Abodienst Tel. 031 958 33 37

www.bauernzeitung.ch

Jetzt 4 Wochen kostenlos kennenlernen und eine Ferienwoche auf Sizilien gewinnen!

www.bauernzeitung.ch

agrarreisen

BAUERNZEITUNG

Von Bauer zu Bauer.

Noch attraktiver für Scheinasylanten?

Die SVP-Delegiertenversammlung hat am 23. April Albert Rösti einstimmig zum neuen Parteipräsidenten gewählt. In einer engagierten Rede unterstrich der neue Präsident die Bedeutung der SVP im Kampf für eine unabhängige und freie Schweiz. Einstimmig abgelehnt (mit 511 zu 0 Stimmen) wurde die schädliche Revision des Asylgesetzes. Fast ebenso klar, mit 484 zu 5 Stimmen, unterstützten die Delegierten die Volksinitiative "Für eine faire Verkehrsfinanzierung" (Milchkuh-Initiative).



Nein zum Ausbau der Willkommenskultur!

«Tatsache ist, dass die mit Abstand grössten Gruppen gar nicht aus Kriegsgebieten kommen. Die Eritreer bleiben mit Abstand die grösste Gruppe. Dann kommen die Afghanen – die aber nicht aus Afghanistan, sondern aus Deutschland zu uns kommen. Wir müssen den Asylwahnsinn endlich stoppen, um das Asylrecht zu retten: Nein zu Enteignungen, nein zu Gratisanwälten, nein zum Ausbau der Willkommenskultur, nein zur Asylgesetzrevision!»

Nationalrat Roger Köppel, Küsnacht (ZH)

Das Thema Sicherheit hat sein Schattendasein definitiv aufgegeben

«Lange Zeit war der politische Stellenwert der Sicherheit gering. Nach dem Fall der Berliner Mauer wähnte man sich in einer Ära des Friedens und der Stabilität. Heute wissen wir, dass dies eine falsche Annahme war. Die Welt ist nicht friedlich und stabil. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Und wie so oft in der Geschichte, realisiert man den Wert der Sicherheit erst dann, wenn die Bedrohung akut wird.»

















faire-verkehrsfinanzierung.ch





"Die Autofahrer zahlen immer mehr Steuern und Abgaben. Dieses Geld muss endlich für die Strasse eingesetzt werden. Darum stimmen wir Ja am 5. Juni!"

Schädlicher Unfug!

Das ist doch tatsächlich ernst gemeint! Jeder Mensch in unserem Land soll mit Geld zeitlebens vom Staat abhängig gemacht werden, ohne Bedingung, ohne Arbeitsleistung, ohne Befristung, aber ganz sicher mit zerstörerischer Absicht.

nter den Initianten fällt vor allem der frühere Bundesratssprecher Oswald Sigg auf. Vermutlich will er mit dieser Initiative in die Geschichtsbücher eingehen. Doch den Preis dafür sollen andere bezahlen. Allerdings weist er jetzt plötzlich selber darauf hin, dass die Schweiz das bedingungslose Grundeinkommen wohl nicht isoliert einführen kann. Es handle sich um eine fundamentale Änderung unserer Arbeitsgesellschaft und der Sozialpolitik, die nur zusammen mit dem europäischen Raum vorgenommen werden kann (Ein Schelm, wer dabei böses denkt!). Mit anderen Worten sagt also Initiant Sigg: Die Initiative ist gar nicht umsetzbar.

Manna vom Himmel

Die Initianten schlagen als bedingungsloses Grundeinkommen – im Sinne einer Diskussionsgrundlage – Beträge von monatlich 2500 Franken für jeden Erwachsenen und 625 Franken für jedes Kind und jeden Jugendlichen vor. Also für die ganze Bevölkerung der Schweiz, inklusive Zugewanderte! Wer mehr Geld will, soll es dazu verdienen.

Es gäbe eine gigantische Umverteilung: Einpersonenhaushalte hätten unter dem Strich weniger und viele Mehrpersonenhaushalte hätten sogar ohne Erwerbstätigkeit mehr als heute. Das heisst, ein weiterhin erwerbstätiger und steuerzahlender, alleinstehender Arbeiter würde das Grundeinkommen eines zu Hause

5. Juni: Nein zur Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen weil...

- sie ein Experiment mit ungewissem Ausgang ist
- sie die Finanzierung uns in einen Teufelskreis und schliesslich zum Systemkollaps führt
- sie als einziges Missbrauch und Schwarzarbeit fördert
- sie den sozialen Zusammenhalt der Schweiz gefährdet
- sie ein Angriff auf die Werte der Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung ist
- · sie falsche Hoffnungen weckt
- sie wie ein Magnet für Migranten wirken wird

bleibenden Kollegen mit Kindern mitfinanzieren. In der Schweiz gäbe es damit neu ein Menschenrecht, auf Kosten anderer zu leben. Denn alles, was umverteilt wird, muss ja zuerst einmal erarbeitet, erwirtschaftet, verdient und abgeliefert werden.

Migrationsflut überschwemmt die Schweiz

Diese totale Umverteilung inkl. neue Steuern würde eine Dimension erreichen, die wir uns bis jetzt wohl in den kühnsten Träumen nicht vorstellen könnten. Kombiniert mit der Masseneinwanderung, für einmal nicht von Arbeitskräften, sondern von neuen Grundeinkommensbezügern, wäre dies das endgültige Ende des Wohlstands und des Werkplatzes Schweiz. Man muss sich nur vorstellen, wie schnell diese Botschaft, "in der Schweiz gibt es für jede Person

ein bedingungsloses Grundeinkommen", auch das hinterste der Länder dieser Erde erreichen wird. Die Zuwanderung würde explodieren, sie bringt uns ja heute schon an die Grenze des Machbaren, vor allem auch bezüglich der Finanzierung.

Ablehnen, aber wuchtig!

Die Initiative belohnt das Nichtstun und bestraft die Arbeit durch eine enorme Steuerbelastung. Sie fördert die staatliche Abhängigkeit und untergräbt die Eigenverantwortung.

Ich sage: Ohne uns! Nein zu dieser Initiative.

von Nationalrätin Sylvia Flückiger Unternehmerin Schöftland (AG)













KALKBEHANDLUNG OHNE CHEMIE DAMIT WASSER - WASSER BLEIBT

Sirox Cleantech GmbH Vorderdorfstr. 48 8112 Otelfingen 044 844 60 92 www.sirox.ch info@sirox.ch



IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT|SVP-KLARTEXTisteine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP|Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat|Postfach 8252|3001 Bern|Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, Peter Schaub, Peter Reist, Gonzalo Garcia, SVP Schweiz.



Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Mobilisierung

<lat.> mobilis — «beweglich», «biegsam»

Wir freuen uns auf Sie! Alexander Segert, Geschäftsführer Tel. 043 499 24 00 info@goal.ch, www.goal.ch



«Pro Service Public»-Initiative gefährdet Grundversorgung

Die Initiative will, dass bundesnahe Unternehmen wie die Post, Swisscom, SBB und Skyguide keine fiskalischen Interessen verfolgen dürfen, auf Quersubventionierungen verzichten und dass Löhne wie beim Bund gelten sollen. Solche Interessen erinnern an kommunistische Zeiten.

Instimmig hat sich das Parlament gegen diese Initiative ausgesprochen. Sie will wirtschaftliches Handeln für Post, Swisscom, SBB und Skyguide verbieten. Die Grundversorgung würde damit effektiv abgebaut.

Ein Ja macht Steuererhöhungen unumgänglich

Ohne Quersubventionen und Gewinne sind Leistungen der Post, der SBB und der Swisscom in bevölkerungsärmeren oder schwierig zugänglichen Regionen nicht finanzierbar, respektive Steuererhöhungen für alle unumgänglich. Denn, durch die bei einer Annahme der Vorlage wegfallenden Ouersubventionierungen müssten Leistungen, die nicht kostendeckend sind, abgebaut werden. Möchte man keinen Leistungsabbau, müssten die Steuern und Abgaben erhöht werden. Daraus resultiert eine Aufblähung des Staatapparates sondergleichen.

Arbeitsplätze in Gefahr

Ausbildungs- und Arbeitsplätze der genannten Firmen wären negativ betroffen. Denn, wer nicht wirtschaftlich handeln darf, kann auch keine Ausbildungsplätze finanzieren. Und nicht zu vergessen ist, dass Unternehmen, die Gewinne machen, auch Steuern bezahlen. Eine Annahme dieser Initiative würde die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden verringern.



Die Initiative gefährdet die gute flächendeckende Grundversorgung und setzt das Schweizer Erfolgsmodell aufs Spiel.

«Service public» funktioniert – es braucht keinen anderen «Service **public**»

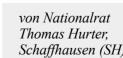
Die Grundversorgung in der Schweiz funktioniert und benötigt keine solchen Initiativen. Dort, wo Verbesserungen allenfalls angebracht sind, hat man heute schon genügend Möglichkeiten, direkt einzugreifen.

Angriff auf den Standort Schweiz

Diese Initiative ist ein Angriff auf den Standort Schweiz, unsere Wirtschaft und gefährdet unsere hervorragende Infrastruktur. Die Initiative verursacht eine Aufblähung des Staates, würgt jegliche Wirtschaftlichkeit ab, verspricht etwas, das schon längst gilt und führt schlussendlich zu einem Leistungsabbau, der nur mit Steuererhöhungen kompensiert werden kann.

Wer weiterhin eine gute und finanzierbare Grundversorgung in der Schweiz will, muss die Initiative «Pro Service Public» am 5. Juni 2016 ablehnen.









Bewährtes zerstören?

Unser Land verfügt über eine weltweit einmalige Infrastruktur und Grundversorgung. Sie ist die Grundlage für eine funktionierende Schweiz, für Sicherheit, Wohlstand und für attraktive Arbeitsplätze. Die Volksinitiative «Service Public» gefährdet all das. Denn sie will SBB, Swisscom und Post massiv bevormunden, einschränken und ihnen die lebensnotwendige unternehmerische Freiheit nehmen.

Die Folgen liegen auf der Hand:

- Der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur von SBB, Swisscom und Post werden blockiert. Denn die Initiative verbietet, ihre Mittel selbstständig zu investieren. Das bedeutet eine Gefährdung der bewährten und weltweit einzigartigen Infrastruktur und Grundversorgung unseres Landes.
- Gemeinden, Kantone und Bund verlieren jedes Jahr Steuergelder in Millionenhöhe. Dazu kommt, dass Investitionen von der öffentlichen Hand bezahlt werden müssen. Die Initiative reisst dadurch ein Milliardenloch in die öffentlichen Kassen und führt zu höheren Steuern für alle!
- Die Solidarität zwischen den Regionen wird zerstört. Denn die Initiative verhindert Querfinanzierungen in weniger rentable Randgebiete. Dadurch gefährdet sie den Zusammenhalt des Landes und schwächt die Randregionen!

Deshalb am 5. Juni



www.servicepublic.ch